

## **Antrag**

**des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP**

### **Verschärfte Ernährungssituation bei Kindern und Jugendlichen**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

- I. zu berichten,
1. inwiefern sie in den letzten fünf Jahren Daten erhoben hat, wie viele Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg ohne Frühstück, also hungrig, in eine Kinderbetreuungseinrichtung bzw. in die Schule gehen (bei Verneinung bitte begründen, weshalb eine Datenerhebung nicht erfolgt und ob sie eine solche für sinnvoll erachtet);
2. inwiefern sich die Ernährungssituation bei Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg seit Beginn des Ukraine-Kriegs und der damit einhergehenden, gestiegenen Lebenshaltungskosten verschärft hat;
3. wie sie sicherstellt, dass hungrige Kinder und Jugendliche – insbesondere im Hinblick auf die große Schambehaftung – einen Anlaufpunkt bzw. eine Ansprechperson in der jeweiligen Kinderbetreuungseinrichtung bzw. Schule haben;
4. inwiefern Kinder und Jugendliche nach Frage 3 an den Schulen seelisch betreut werden;
5. welche Rolle bei Fragen 3 und 4 die Schulpsychologie und Schulsozialarbeit einnehmen;
6. inwiefern Eltern von Seiten der Kinderbetreuungseinrichtung, der Schule oder der Kommune im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten aufgeklärt werden;
7. wie sie flächendeckend und lückenlos sicherstellt, dass Kinder und Jugendliche in Kinderbetreuungseinrichtungen bei Bedarf entsprechenden Zugang zu Lebensmitteln an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen erhalten;
8. welche Rolle das EU-Schulprogramm, das an Grundschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen einen Zugang zu frischem Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukten ermöglicht, bei der Bekämpfung von Hunger bei Kindern und Jugendlichen spielt;
9. inwiefern sie das EU-Schulprogramm nach Frage 8 insofern auszuweiten gedenkt, als dass eine flächendeckende Grundversorgung von bedürftigen Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird;
10. inwiefern es trägerseitige Programme zur Lösung einer verschärften Ernährungssituation gibt;
11. wie sie etwaige Programme nach Frage 10 finanziell bzw. anderweitig mit Ressourcen zu unterstützen gedenkt;
12. inwiefern Horte bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen, die sich in Schulnähe befinden, unter Umständen in Kooperation mit Schulen ein entsprechendes Angebot vorhalten könnten;

13. inwiefern sie die Einrichtungen gemäß Frage 12 finanziell bzw. anderweitig mit Ressourcen zu unterstützen gedenkt;
14. wie sie das Problem der verschärften Ernährungssituation bei Kindern im Hinblick auf den Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, welcher ab 2026 sukzessive greifen soll, zu lösen gedenkt;
15. mit welchem Aufwand bzw. Mehrkosten sie für die Träger für zusätzliche Mensen oder andere Essensmöglichkeiten im Hinblick auf den Ganztagsanspruch gemäß Frage 14 rechnet und inwiefern sie eine teilweise oder vollständige Übernahme der Kosten diesbezüglich zu übernehmen gedenkt (bitte unter Nennung der konkreten Höhe des Aufwands bzw. der Mehrkosten sowie der teilweisen oder vollständigen Übernahme in Euro);

II. zu beschließen:

1. Daten zu erheben, inwiefern Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg, die eine Kinderbetreuungseinrichtung oder Schule besuchen, ohne Frühstück dort eintreffen, d. h. von Hunger betroffen sind;
2. Konzepte – gemeinsam mit anderen Beteiligten wie unter anderem Kommunen, Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen – zu erarbeiten, sodass kein Kind und kein Jugendlicher ohne Möglichkeit, etwas zu Essen zu bekommen, in die Kinderbetreuungseinrichtung oder in die Schule gehen und hungrig bleiben muss;
3. Konzepte zu entwickeln, die die Eltern von Kindern und Jugendlichen in dieser Angelegenheit aufklären und Maßnahmen zu prüfen, sodass Eltern ihrer Verantwortung um eine ausreichende und vollwertige Ernährung nachkommen;
4. eine finanzielle oder anderweitige Unterstützung von Beteiligten nach 2. zu prüfen und ggf. umzusetzen.

02.12.2022

Dr. Kern, Trauschel, Birnstock, Haußmann, Bonath, Brauer, Haag, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung,  
Dr. Schweickert FDP/DVP

#### Begründung

Schon vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs und der damit einhergehenden, massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten, war laut IGLU-Studie jedes fünfte Kind ohne Frühstück, d. h. hungrig in die Schule gekommen, jedes zehnte Kind sitzt dabei *täglich* mit knurrendem Magen im Unterricht. Dabei kann sich die Situation aufgrund gestiegener Inflation durchaus noch einmal verschlechtert haben. Verlässliche Zahlen, wie sich die Situation an baden-württembergischen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen gestaltet, sucht man hierbei vergeblich – die Zahlen dürften jedoch erschreckend hoch sein. Gerade deshalb ist die Landesregierung in der Pflicht – zusammen mit Beteiligten, die es hierbei zu unterstützen gilt, dieses für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen so wichtige Problem zu lösen. Der vorliegende Antrag versucht in dieser Hinsicht etwaige Defizite aufzudecken und die Landesregierung zu einem entschlossenen Handeln zu bewegen.